

Stadt hält am Flugplatzausbau fest

Grünen-Stadträte wollen Baurecht für Verlängerung der Landebahn aufheben / Neue Flugverordnung greift ab 2016

Von Robert Richter

Beyendorfer Grund • Die Stadtverwaltung will sich die Option zum Flugplatzausbau offen halten. Das geht aus einem gerade veröffentlichten Papier des Wirtschaftsbeigeordneten Rainer Nitsche (CDU) hervor. Damit richtet er sich gegen einen Antrag der Grünen-Stadtratsfraktion, den Planfeststellungsbeschluss zum Flugplatzausbau aus dem Jahr 2000, der Baurecht für eine Verlängerung der Landebahn schafft, aufzuheben.

Hintergrund: Das Wirtschaftsdezernat hatte unlängst ein neues Gutachten zum Flugplatz vorgelegt. Kernaussage: Die aktuell 1000 Meter lange Start- und Landebahn wird neuen europarechtlichen Auflagen für den gewerblichen und nichtgewerblichen Flugverkehr nicht genügen.

Solle der Status quo als Geschäftsflughafen - ohne Charter- und Linienflüge - gesichert werden, sei ein Ausbau auf bis zu 1800 Meter unabdingbar. Wie der Wirtschaftsbeigeordnete erklärte, greife die ent-

Flugplatz kauft bereits Flächen für Ausbau

Stadt beruft sich auf 14 Jahre alten Planfeststellungsbeschluss / Ausbaueegner drohen Klage an

Politisch liegt der Ausbau des Magdeburger Flugplatzes seit einem Jahrzehnt auf Eis. Doch im Hintergrund knäut die städtische Flughafen-GmbH dafür bereits kontinuierlich Grundstücke auf und will sich weiterhin entsprechende Flächen sichern. Die Bürgerinitiative gegen den Ausbau will diese Pläne jetzt stoppen.

Von Robert Richter
Beyendorfer Grund • Seit die Volksstimmengruppe vom städtischen Bauamt ein Gutachten über den Bau eines Besondereckens (BSE) im Namen der Flughafen-Magdeburg GmbH für den Flugplatzausbau auf der Ackerbauzone eingereicht wurde, ist die



Für die Verlängerung der Landebahn der Magdeburger Flughafen GmbH sind bereits Grundstücke auf

gestockt. Details hatte die Landeshauptstadt im April 2014 im Rahmen der Planfeststellung für den Flugplatzausbau auf der Ackerbauzone eingereicht. Die Bürgerinitiative gegen den Ausbau will diese Pläne jetzt stoppen.

Verkehrsministerium geäußert. „Ich würde gerne wissen, was das bis zu zwei Drittel der benötigten Flächen für den Ausbau bereits erworben wurden. Ich würde gerne wissen, wie viele Flächen bereits erworben wurden.“

Neues Gutachten der Stadt behauptet Ausbau

Die Wirtschaftsdezernate (WZ) der Stadtverwaltung (StV) haben dem Planfeststellungsbeschluss rechtlich abgesegnet. „es hat demnach schon keine weitere Möglichkeit mehr“, sagt Wolfgang Richter, Leiter der WZ der Volksstimmengruppe. „Wir werden als Mitbestimmungsorgan bei der Umsetzung der Landeshauptstadt bei der Umsetzung der Planfeststellungsbeschlüsse nicht mitreden.“

Die aktuell 1000 Meter lange Start- und Landebahn wird neuen europarechtlichen Auflagen für den gewerblichen und nichtgewerblichen Flugverkehr nicht genügen. Nach der Status quo als Geschäftsflughafen - ohne Charter- und Linienflüge - gesichert werden sei ein Ausbau auf bis zu 1800 Meter unabdingbar, sagt Nitsche.

Die Bürgerinitiative für die Verkehrsverbundlinie (VBL) ist durch andere Überlegungen und die Verlegung der Landebahn um einen Kilometer nach Westen erreicht worden. Die Ackerbauzone werden auf rund 8 Millionen Euro geschätzt. Die Finanzierung ist völlig offen. Das Land hat bereits bekräftigt, sein Interesse für den Flugplatzausbau zu zeigen. Die Bürgerinitiative will den Ausbau auf bis zu 1800 Meter unabdingbar. Die Bürgerinitiative gegen den Ausbau will diese Pläne jetzt stoppen.

So berichtete die Volksstimmengruppe im April über die Grundstückskäufe der städtischen Flughafen-GmbH für den Ausbau der Landebahn von 1000 auf 1800 Meter.

sprechende EU-Verordnung in Deutschland spätestens ab August 2016.

Grünen-Stadtrat Olaf Meister hält dagegen: „Vor dem Hintergrund des ausgeweiteten Betriebes des Flughafens Magdeburg-Cochstedt und der erheblichen dortigen Investitionen der öffentlichen Hand und der Weigerung des Landes Sachsen-Anhalt, sich an einer

Finanzierung der Ausbaupläne des Magdeburger Verkehrslandeplatzes zu beteiligen, ist eine Umsetzung des Vorhabens auch weiterhin nicht zu erwarten und noch dazu ökonomisch unsinnig.“

Meister fordert: „Der Stadtrat muss sich positionieren und die Hängepartie beenden.“

Nitsche räumt ein: „Für die Finanzierung der Investiti-

onskosten zur Verlängerung der Start- und Landebahn mit Verlegung der B71/L50 ist bisher kein tragfähiges Konzept verfügbar.“ Dennoch fordert er die Stadträte auf, den Grünen-Antrag abzulehnen und den Planfeststellungsbeschluss aufrechtzuerhalten. Die Ausbaubaukosten werden auf rund 8 Millionen Euro geschätzt. Das Land hatte eine Förderung immer wieder ausgeschlossen.

Doch der Wirtschaftsbeigeordnete will die Ausbauplanoffensive offenhalten und argumentiert, eine „effiziente Luftverkehrsverbundlinie“ sei „entscheidungsrelevant für die Ansiedlung von Unternehmen bzw. Erweiterungsinvestitionen“. Cochstedt bietet aufgrund der geografischen Lage und des dortigen Geschäftsmodells, das auf Charterflüge und Luftfrachttransporte ausgerichtet sei, „keinen Ersatz für den Verkehrslandeplatz am Stadtrand“, so Nitsche.

Über den Grünen-Antrag entscheidet der Stadtrat nach Beratung in den Ausschüssen erst Anfang November.

Hintergrund

Wie die Volksstimmengruppe im April berichtete, hat die städtische Flughafen GmbH in den vergangenen Jahren schon einen Großteil der Flächen für den Flugplatzausbau erworben und will weitere Flächen ankaufen. Betreiber des Flugplatzes ist eine private Gesellschaft.

Ausbaueegner zweifeln unterdessen die Rechtsgültigkeit des 14 Jahre alten Planfeststellungsbeschlusses an. Eine Bürgerinitiative kündigte für ein Aufleben der alten Flugplatzpläne bereits eine Klage an.

Die Verlängerung der Landebahn war im Jahr 2004 nach heftigen Kontroversen offiziell begraben worden. Damals hatte die Landesregierung zugunsten des 35 Kilometer entfernten Regionalflughafens Cochstedt eine Förderung für Magdeburg-Süd abgesagt.